

Protokoll

über die Landtagssitzung vom 25. Juni 1929 vormittags 9^h.

Gegenwärtig: Sämtliche Abgeordneten

Regierungschef Dr. Hoop

Schriftführer: Seger.

Tagesordnung:

Vorbesprechung im Konferenzzimmer

Besprechung wegen Wahlen in die Sparkassa und in den Staatsgerichtshof.

Nachlass der Korporationssteuer Freeman,

Provision Dr. Emil Beck.

Im Landtag:

- Uebernahme der Haldenstrasse in Schellenberg auf das Land,
- ✓ Gehaltserhöhung Verwalter Heeb und Rechnungsbeamter Hoch,
- ✓ ~~Bet~~ ~~äh~~ ~~n~~ ~~g~~ ~~s~~ ~~m~~ ~~i~~ ~~t~~ ~~t~~ ~~e~~ ~~l~~ ~~g~~ ~~e~~ ~~s~~ ~~e~~ ~~t~~ ~~z~~,
- ✓ Uebernahme der Schweizerischen Getreideordnung auf das Land,
- ✓ Wahl des Sparkassaverwaltungsrates,
- ✓ Wahl in den Staatsgerichtshof.

(Ueber die Besprechung im Konferenzzimmer wird ein eigenes Protokoll ausgefertigt.)

und nach

Fortsetzung (nach Besprechung im Konferenzzimmer am Vormittag)
nachmittags 2¹/₂ Uhr.

Es werden zunächst die Protokolle der letzten und vorletzten Landtagssitzung verlesen.

Das Protokoll über die Sitzung vom 22. April wird genehmigt.

Auf Seite 12 des Protokolls über die Sitzung vom 16. Mai 1929 soll es heissen 10 Stimmen dafür, statt 11 Stimmen.

Auf Seite 7 des Protokolls soll es in der zweiten Seite statt
Fr 50,000 Fr 5000.- heissen.

Risch: Nachdem der Presse Gelegenheit gegeben wurde, einzelnes aus der
letzten Landtagssitzung zu veröffentlichen, möchte ich den Antrag
stellen, dass das ganze Protokoll, so wie es hier ist, der Presse
übergeben wird. Ueberhaupt soll das Landtagsprotokoll immer der
Presse übergeben werden. Es wurde szt. in der Presse auf dieses
Protokoll berufen.

Ident: Ich wäre ganz dagegen, dass das amtliche Protokoll als solches in
der Presse veröffentlicht wird.

Ident: Das letzte Protokoll gab ich der Presse, damit sie nachschaue, ob
das stimme.

Ident: Möchte mich wirklich dagegen wehren, dass ein Landtagsprotokoll in
der Oeffentlichkeit benützt wird, bevor es genehmigt ist.

Chef: Möchte mir erlauben, darauf hinzuweisen, dass dem Antrage des Abgeord-
neten Risch eine gewisse Berechtigung innewohnt, denn in den Zei-
tungen werden vielfach ganz falsche Berichte gelesen, entweder lücken-
hafte oder direkt missverständliche u. dgl. Ich würde deshalb fin-
den, dass das amtliche Protokoll am ehesten geeignet wäre, der Presse

zur Veröffentlichung zu übergeben. Dann kann jeder Bürger erfahren, was jeder Abgeordnete gesagt bzw. was von der Regierung gesagt worden ist und manche Streitigkeiten würden unterbleiben. Es würden oft ganz irreführende Darstellungen unterbleiben. Ich nehme dabei keine der Zeitungen aus.

Ident: Das Protokoll kann erst, wenn es genehmigt ist, übergeben werden. Wenn nun aber ein Protokoll über eine Sitzung vom Februar erst im Sommer verlesen wird, wird man glaube ich kein besonderes Interesse mehr an demselben haben. *Es ist eine freie Sache der Presse sehr umfangreich* Es ist eine freie Sache der Presse sehr umfangreich an den Sitzungen teilzunehmen.

Die Presse kann eine auszugsweise Darstellung bringen, die einer Verstellung gleichkommt.

Oppelt: Ich verstehe überhaupt nicht, dass man sich deswegen aufregt, dass das - was Risch meint - in die Zeitungen gekommen ist, das dürfen die Leute doch wissen, ob früher oder später. Man will nur mir eines versetzen.

Ident: Ich möchte mich nur gegen den Missbrauch eines amtlichen Protokolls wehren. Die Zeitungen bemühen sich ja deswegen, bei den Sitzungen durch Vertreter anwesend zu sein. *Der spezielle vorliegende Fall ist mir nicht bekannt.*

Uebernahme der Haldenstrasse in Schellenberg auf das Land.

referiert in der Sache.

Kaiser: gibt bekannt, wieso die Gemeinde Schellenberg gezwungen wurde, die Strasse zu bauen.

Schell: Man ist der Gemeinde Schellenberg beim Bau der Strasse schwach entgegengekommen. Kaiser und ich haben uns damals für 30 % Beteiligung des Landes verwendet. Es sind vor dem Bau unhaltbare Zustände gewesendurch das Zollwesen. Ich könnte es wärmstens empfehlen, das Gesuch der Gemeinde Schellenberg anzunehmen.

Stliner: Ich könnte das Gesuch in Rücksicht darauf befürworten, dass das Unterland im Verhältnis zum Oberland wenig Strassen hat. Hier sind Strassen bis ins Malbun und nach Lawena hinein. Darum kann man

die Strasse ruhig auf das Land übernehmen.

Marxer: Meine Vorredner haben schon erwähnt, dass die Leute gezwungen worden sind, die Strasse zu bauen, wegen des Zollvertrages. Die Strasse ist gut gebaut worden, es werden keine grossen Reparaturen notwendig sein.

Loop: Möchte den Vorredner auch unterstützen.

Gamprin: Ich ebenfalls.

Vogt: Ich möchte fragen, wieviel Ortswege haben Sie in Schellenberg zu unterhalten.

Ortswege haben wir auch, wenn auch nicht gerade grosse Strassen.

st: Wenn man an der Strasse einen gewissen Prozentsatz zahlen, sie nicht gerade übernehmen würde.

ent: Für eine solche Ausscheidung wäre ich nicht.

Es kommt sodann zur Abstimmung:

Wer ist für die Uebernahme der Haldenstrasse auf das Land:

Ergebnis:

14 Stimmen dafür, 1 Stimme (Vogt) dagegen.

Der Punkt der Tagesordnung: Gehaltserhöhung Verwalter Heeb und Rechnungsbearbeiter Hoch wird wegen fortgeschrittener Zeit auf später verschoben, ebenso die Beratung über das Betäubungsmittelgesetz.

Uebernahme der schweizerischen Getreideordnung.

ent: referiert, dass der dreifache Zweck der Getreideordnung sei: Unterstützung der Landwirtschaft, besonders des einheimischen Getreidebaues, dann eine normale Versorgung in ausserordentlichen Zuständen, dann auch eine Unterstützung des Gewerbes der Müllerei. Die Sache ist vom Schweizerischen Bundesrate durchgeführt. Es handelt sich darum, ob wir nach dem Zollvertrage verpflichtet sind, die Sache auch zu übernehmen.

Die Sache hätte für uns Vorteile. Der Bund würde den einheimischen Produzenten Brotgetreide in Zukunft um den Preis übernehmen, der durchschnittlich Fr 8.50 höher ist, als die mittleren Marktpreise für Auslandgetreide. Für im Inland gebautes Getreide und Mais wird eine Mahlprämie von Fr 7.50 pro 100 kg bezahlt. Die Mühlen hätten sich jedoch einer gewissen Kontrolle zu unterziehen, was nämlich dort verarbeitet wird, an privatem Getreide oder öffentlich zugeschobenem

Getreide.

An der Grenze erhebt der Bund einen Zollzuschlag von Fr 15.- pro 100 kg und eine höhere statistische Gebühr.

Die Schweizerische Oberzolldirektion ist zwar der Ansicht, dass eine unbedingte Verpflichtung zur Uebernahme der Getreideordnung nicht bestehe, andererseits ist sie doch der Ansicht, dass die Uebernahme notwendig sei, denn sonst müsste die Schweiz an ihrer Grenze in Trübbach, Sevelen, Buchs und Haag wieder Grenzschutzorgane aufstellen, die die Einfuhr von Mehl aus Liechtenstein überwachen. Dieser Zustand scheint uns jedoch mit dem Zollvertrage nicht vereinbar, demzufolge freier Warenverkehr zwischen Liechtenstein und der Schweiz herrschen soll.

Jch möchte bemerken, dass das politische Departement der Anschauung ist, dass die Uebernahme unumgänglich notwendig ist, da sonst die Schweiz für das Aufstellen von 6 mal 3 Mann, zu je Fr 5000.- Gehalt, insgesamt Fr 90000 ausgeben müsste, ein Zustand, ~~zum~~ auf den nicht eingegangen werden könnte.

liest sodann die Getreideordnung vor.

Die Vaduzer Gemeindemühle, die hier auch in Frage käme, ist sehr für die Getreideordnung.

Als eigenes Gesetz ist die Sache nicht ~~zur Annahme~~ anzusehen, es kann sich nur darum handeln, die Regierung zu beauftragen, im Notenaustausche der schweizerischen Regierung die Uebernahme der Getreideordnung auf unser Land anzuzeigen.

Jch bin sehr für die Sache eingenommen.

Es kommt sodann zur Abstimmung:

Ergebnis: alle einstimmig für die Annahme der Getreideordnung für unser Land.

Wahl des Sparkassaverwaltungsrates:

Nachdem man sich im Konferenzzimmer schon bezüglich der Namen der Verwaltungsratsmitglieder schon eigentlich geeinigt hat, kommt es zur Abstimmung:

6.

Ergebnis der Abstimmung:

Es erscheinen gewählt:

Vaduz ✓
Rat Ospelt/mit 13 Stimmen, ✓
Fritz Walser Schaan mit 13 Stimmen, ✓
Oswald Bühler Mauren mit 13 Stimmen, ✓
Frick zur Traube Mals mit 13 Stimmen, ✓
Felix Büchel Gamprin mit 12 Stimmen. ✓

Die Wahl des Verwaltungsratspräsidenten hat das Ergebnis, dass Rat Ospelt mit 13 Stimmen gewählt wird.

Ergebnis der Wahl der Ersatzmänner für das Ober- und Unterland:

Eugen Schädler Nendeln mit 15 Stimmen
Benéixt Negele Triesen mit 11 Stimmen.

-

Es kommt sodann zur Abstimmung die Wahl des Aufsichtsrates der Sparkassa:

Ergebnis der Abstimmung:

sen.
Hermann Ospelt Buchhalter, Vaduz mit 13 Stimmen.

-- Die Wahl eines Richters in den Staatsgerichtshof ergibt:

12 Stimmen für Oberlandesgerichtsrat Franz Erne Feldkirch. ✓

Chef: Wir haben noch eine kleine Angelegenheit im Konferenzzimmer zu behandeln möchte auch noch auf etwas hinweisen, an deren Erledigung mir gelegen ist, nämlich wegen der Abstimmung über das Schächten. Es sind in der letzten Zeit Stimmen laut geworden, dass die Abstimmung im Sommer stattfinden und dann die Alpknächte etc. an der Ausübung der Wahl gehindert werden. In der Finanzkommission hat dann Ammann den Antrag gestellt, man möchte die Abstimmung über die Initiative verschieben. Ich möchte die Meinung des gesamten Landtages hierüber hören. Die Finanzkommission war einstimmig für die Verschiebung der Abstimmung, um jedem die Möglichkeit zu geben.

an der Abstimmung sich zu beteiligen. Wenn niemand in Landtage dafür gegen sich einsetzt, dass es jetzt geschieht, so nehme ich an, dass man mit der Verschiebung einverstanden ist.

Büchel: Ich bin nicht dagegen, dass die Abstimmung verschoben wird. Aber schliesslich könnte man, wollte man so denken, eine Abstimmung nur mehr 1 oder 2 Monate im Jahre halten. Jetzt handelt es sich um Hirten, später um etwas anderes, um die Arbeiter. Entweder stimmt man ab, wenn eine Sache zur Abstimmung reif ist, oder nur in bestimmten Zeitpunkten.

Die Abstimmung hat sich sowieso schon zu lange hinausgeschoben. Ich bin überzeugt, dass die meisten Arbeiter von der Schweiz zur Abstimmung herkommen, das ist mit grossen Kosten verbunden. Ist es solange gegangen, so kann man auch noch warten, meinetwegen bis im Dezember hinein, wo die Leute da sind.

Präsident: Nachdem der Initiator selber dafür ist, dass man die Abstimmung verschiebt, habe ich kein Bedenken, dass dem Wunsche des Initiators willfahren wird.

Büchel Peter: Ich mache aufmerksam, dass speziell in diesem Falle, bei einer Verschiebung die Israeliten sagen könnten, wir pfeifen auf die ganze Geschichte. Mir selbst ist es gleich, wenn die Abstimmung verschoben wird. Aber so kommts bald darauf hinaus, dass man nur mehr im Winter durch 2-3 Monate eine Abstimmung halten kann.

Präsident: Die Regierung würde kaum (zustimmen) einer weiteren Verschleppung, wenn sie dadurch eine Schädigung des Landes befürchtete.

Die Folgen, die eine allfällige Hinausschiebung mit sich bringen würden, sind natürlich nicht zu übersehen. Ich kann nicht sagen, ob der Schweizerische Israelitische Gemeindebund sich desinteressiert erklärt in einem solchen Falle, oder ob er ruhig zuwartet. Die Bedenken die Büchel vorgebracht hat, finde ich aber für beachtenswert

Präsident: Die Konzessionierung der Angelegenheit ist ja eine ^{bereinigte} ~~berechtig~~te Sache, nur eine zweite Konzessionierung würde allenfalls unmöglich werden

Die Regierung könnte heute die Konzession erteilen, aber nachdem

heute ein solches Jnitiativbegehren läuft, wollen wir das noch nicht tun.

Linier: Nach meiner Auffassung ist das Sache der Regierung und die Regierung soll, sobald sie ihre Sachen fertig hat, die Abstimmung durchführen.

Chef: Wir haben freie Hand, das ist richtig. Die Sache ist jedoch in den Landtag gezogen worden, durch die Interpellation des Abg. Amann.

Michel: Ich glaube, es ist bald auch einmal wieder Landtagssitzung. Vielleicht lässt sich der Gemeindebund bis dahin hören. Vorläufig kann man zuwarten. Ich fühle mich nur verpflichtet, auf eventuelle Folgen aufmerksam zu machen. Vielleicht drängen sie unter der Zeit, dann wird sich die Regierung bemüssigt sehen, die Abstimmung gleich durchzuführen. Bleibt der Gemeindebund still, so kan man die Abstimmung im Herbst machen.

Präsident: Wir wollen das dem Gutdünken der Regierung anheimstellen.

Chef: Ich möchte darüber abgestimmt haben.

Es kommt sodann zur Abstimmung:

Wer ist mit einer vorläufigen Verschiebung der Abstimmung bis zu einem gewissen Zeitpunkt einverstanden:

Ergebnis: 7 Stimmen

Gegenprobe

Die Abstimmung sollte stattfinden, wann die Leute zu Hause sind.

Präsident: Wir überlassen das der Regierung.

(Es folgt weitere Besprechung im Konferenzzimmer in einer anderen Angelegenheit)

Schluss 6 Uhr abends

Gefertiget: